

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post, abgahr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

63. Jahrgang

Leipzig, den 12. Dezember 1925

Nummer 99

Bekanntmachungen

Weihnachts-Extraunterstützungen

Der Vorstand hat beschlossen, anläßlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage den arbeitslosen, Kranken und invaliden Mitgliedern eine Extraunterstützung zukommen zu lassen. Demgemäß erhalten alle Empfänger von Reise-, Arbeitslosen-, Gemahregelten- und Krankenunterstützung für die in die Woche vom 20. bis 26. Dezember fallenden Unterstützungstage den

doppelten Unterstützungssatz

Die invaliden bezugsberechtigten Mitglieder erhalten eine Extraunterstützung von 10 M. Die Invaliden im Sinne des § 39 Abs. 1 der Unterstützungsbestimmungen erhalten auch diese Extraunterstützung nur zur Hälfte.

Den reisenden Kollegen sind diese sieben Tage Unterstützung möglichst an der Zahlstelle auszuführen, an welcher sie sich während der Weihnachtsfeiertage aufzuhalten wünschen. Ein der Auszahlung entsprechender Vermerk ist ins Buch einzutragen. Auch können, wie in den früheren Jahren, die Weihnachtstage bei der Zureise mit ausgezahlt werden. Dabei ist zu beachten, daß dann die Legitimation zur Weiterreise mit dem Datum des 27. Dezember zu versehen ist, wenn die Reisetage bis einschließlich 26. Dezember vergütet sind.

Die Kassierer werden ersucht, diese Extrazuwendungen mit auszuführen und auf den für die ordentlichen Unterstützungen bestimmten Quittungsformularen mit bestätigen zu lassen.

Berlin, den 7. Dezember 1925.

Der Vorstand

„Korrespondent“-Obligatorium

Der Hamburger Verbandstag verpflichtete den Vorstand, nach der Übersiedlung des „Korrespondent“ nach Berlin das Obligatorium einzuführen und zur Deckung der Herstellungskosten den Verbandsbeitrag zu erhöhen.

Der Vorstand hat beschlossen, mit Beginn des neuen Geschäftsjahres (27. Dezember 1925) diesen Verbandstagsbeschluss in Kraft zu setzen.

Wenn seitens der Gauvorstände nicht andre Anordnungen getroffen werden, muß nunmehr jedes Mitglied den „Korrespondent“ selbst bei der Post bestellen. Der Bezugspreis ist auf

1 Reichsmark monatlich

festgesetzt. Dieser Betrag wird den Mitgliedern zurückerstattet in der Weise, daß die Postquittung bei der Beitragszahlung mit 1 M. in Zahlung genommen wird. Die Bestellgebühr ist von den Mitgliedern zu tragen.

Der Verbandsbeitrag wird vom 27. Dezember 1925 an um 10 Pf. erhöht und beträgt dann einschließlich der 20 Pf. für das Verbandshaus

1,60 Reichsmark

wöchentlich. Die Verwaltungsprocente werden von 1,40 M. berechnet.

Der „Korrespondent“ wird vom neuen Jahre an in größerem Format und besserer Ausstattung erscheinen. Die Herstellungskosten werden durch den Mehrbeitrag von 10 Pf. nicht gedeckt, die Verbandskasse muß vielmehr erhebliche Zuschüsse leisten.

Mit der Einführung des „Korrespondent“-Obligatoriums wird ein Wunsch verwirklicht, der seit Bestehen des Verbandes fast alle unsere Verbandstage beschäftigt hat.

An den Mitgliedern liegt es nun, die gute Absicht des Verbandstagsbeschlusses, den „Korrespondent“ jedem Mitglied in die Hand und damit Gelegenheit zu geben, sich mit den Zeitfragen und allen Vorkommnissen im Verbandsleben vertraut zu machen, zu verwirklichen. Das geschieht, wenn alle den Mahnruf befolgen:

Abbonniert Euern „Korrespondent“!

Berlin, den 7. Dezember 1925.

Der Vorstand

Der Arbeit Lohn und Preis

II.

Im ersten Artikel zu diesem Thema haben wir in voriger Nummer nachgewiesen, daß die gegenwärtige Stokung des Warenabfahes in Deutschland und die Not an Betriebskapital, die nicht alschbedeutend mit Kapitalnot überhaupt ist, in der Hauptsache auf die gänzlich ungenügenden Einkommensverhältnisse der großen Masse des deutschen Volkes, und zwar insbesondere der Arbeiterschaft und der Angestellten, zurückzuführen sind. Dieser Zustand hat wiederum seine Ursache in erster Linie in den gesamten Mängeln der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung, insbesondere jedoch in einer volkswirtschaftlich äußerst kurzsichtigen und kulturell gefährlichen Lohn- und Preispolitik des deutschen Unternehmertums.

Man könnte es daher beinahe als eine Art Wirtschaftsdämmerung in Unternehmenskreisen des deutschen Buchdruckgewerbes beurteilen, daß die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 96 vom 1. Dezember d. J. als Resultat einer sehr gequälten Polemik gegen angebliche „Rechenkunststücke“ des „Korr.“, zu der Erkenntnis kommt, daß man das Interesse der Lohnempfänger viel besser wahr, „wenn man den Kaufwert des empfangenen Lohnes durch Verbilligung des Lebensbedarfs erhöht, als wenn man hohe Nominallöhne zu schaffen sucht“. Wir erkennen gern an, daß ein so vernünftiger Satz im Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins schon lange nicht mehr zu lesen war. Das ist eine jener Botschaften, die zwar jeder Arbeiter gern hört, weil sie die Ursache seiner Not zu beseitigen geeignet wäre, wenn sie verwirklicht würde. Denn ganz gern würde der größte Teil der Arbeiterschaft auf eine weitere Erhöhung seines heutigen Nominallohnes verzichten, wenn er für diesen kaufen könnte, was ihm schon seit Jahren am notwendigsten fehlt. Aber das ist ja gerade des Pudels Kern, daß die Preise des Lebensbedarfs heute noch weit über die Hälfte höher sind als vor dem Kriege und die Löhne mit dieser Steigerung bis heute nicht Schritt halten konnten. So erfreulich es daher auch scheinen mag, daß mit dieser Erkenntnis der Wirkung hoher Preise endlich zugegeben wird, daß es die Preise sind, die dem Lohn erst seinen Kaufwert geben, so ändert dies doch leider nichts daran, daß die erforderliche Senkung der Preise noch viel zu lange auf sich warten lassen wird. Denn so gut nämlich der Deutsche Buchdrucker-Verein für sich in Anspruch nimmt, daß sein Preistarif mit aller erforderlichen Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit aufgestellt sei, und daher auch nicht abgebaut werden könnte, werden auch die übrigen Unternehmerkreise nicht ohne weiteres zugeben wollen, daß sie auf dem

Preisgebiet ihrer Waren irgendwie gemogelt hätten. Und die deutsche Reichsregierung hat ja darüber die Quittung schon längst in Händen, daß ihre Preisabbauaktion wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist.

Es ist daher auch gar nicht verwunderlich, daß die „Zeitschrift“ sich wie der Teufel um eine arme Seele mit Adam Riese herumschlägt, um nachzuweisen, daß „Korr.“-Redaktion, Verbandsvorstand und alle Gehilfenvertreter reif für das Inferno sind, weil sie nicht einsehen wollen, daß der Buchdruckerlohn nicht erst seit gestern, sondern nahezu seit Olms Zeiten viel höher sei, als unbedingt nötig wäre. Zwar legt das Prinzipalsorgan seinen „mathematischen“ Beweisen nicht etwa die Kosten eines wöchentlichen Lebensbedarfs in Höhe von 200 bis 300 M. zugrunde, wie sie kürzlich vor Berliner Gerichten (Amtsgericht, Strafkammer und Kammergericht) von dem bekannten Preistariffachverständigen Max Scholem als unentbehrlich zur Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitskraft wie auch zur Entschuldigung wegen nicht rechtzeitiger Ablieferung von pünktlich abgezogenen Lohnsteuerbeiträgen geltend gemacht wurde, sondern den tariflichen Buchdruckerlohn im Schatten der besonders „unpigen“ Reichsindexziffer. Auch die vom Zentralkomitee des DVB. und des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit mehr oder weniger Zwang dem Abbau „anbeimgestellten“ über-tariflichen Leistungszulagen wurden von der „Zeitschrift“ in den Kreis ihrer Besene für die privalkapitalistische Konkurrenzmasse auf dem Lohngebiete mit herangezogen, um zu beweisen, daß die Buchdrucker heute höhere Löhne hätten als vor dem Kriege. Komisch trifft dies nicht nur für die Buchdrucker zu, sondern für alle Arbeiter; trotzdem sind aber diese höheren Löhne heute viel weniger wert als vor dem Kriege. Und das ist abermals des Pudels Kern, der sich nur aus den hohen Preisen ergibt.

Daß die Reichsindexziffer bei weitem nicht ausreicht, um den tatsächlichen Stand der Teuerung zu erfassen, wird in allen Kreisen, die als Arbeiter oder Angestellte mit tariflich festgesetzten Einkommensverhältnissen zu rechnen haben, als längst erkannte und gefühlte Tatsache bewertet. Wenn die Reichsindexziffer die tatsächlichen Lebenshaltungskosten gerechter erfassen und dementsprechend auch höher sein würde, so wären sicher die Unternehmer die ersten, die die Reichsindexziffer als Maßstab für die Lohnhöhe der Verwerter würden. Er fehlt dafür nicht an genügend Beispielen aus der Vergangenheit. Auch heute, wo die Reichsindexziffer dem Rechenkunststückchen in Lohnfragen auf Unternehmenseite günstig erscheint, wollen die Unternehmer nichts davon wissen, die Reichsindexziffer in irgendein bestimmtes und gleichbleibendes Verhältnis zur Lohnfestsetzung zu bringen, weil sie fürchten, daß ihnen dadurch die schändliche Spekulation auf Lohnrückläufer erschwert würde. Es hat also zunächst gar keinen praktischen Wert, sich mit den heutigen Vertretern des Unternehmertums über Licht oder Schatten der Reichsindexziffer besonders auseinanderzusetzen. Persönlich dürfte wohl keine von ihnen der Ansicht sein, daß das durch die Reichsindexziffer angezeigte Maß der Verteuerung der Lebenshaltungskosten unbedingt richtig ist; daß sie es dennoch zur Erfüllung der ihnen zufallenden Aufgabe der Lohnrückläufer benötigen, kann man ihnen weiter nicht übel nehmen. Denn schließlich greift jeder zu den Mitteln, die ihm am nächsten liegen,

um ein ihm vorgeschriebenes Ziel zu erreichen. Wenn dann so ein Hilfsmittel sogar amtlich abgestempelt ist, so kann kein Mensch beweisen, daß mit unehrlichen Mitteln gekämpft wird. Daß auf dem Grunde dieser amtlichen Reichsindexziffer aber nur Lendens und Geißt jener Kreise maßgebend und entscheidend waren, die dem Unternehmertum viel näher stehen als jenen Kreisen, für die die Reichsindexziffer als statistische Daumenschraube dienen soll, das steht hinter den Kulissen und ist daher für die breitere Öffentlichkeit weniger sichtbar. So bildet die amtliche Reichsindexziffer eine Waffe gegen Lohnforderungen, wenn sie niedrig ist; und wenn sie einmal höher ist, als das sozial- und wirtschaftspolitische Verständnis in Unternehmertreuen auf dem Lohngebiete ver-trägt, dann ignoriert man sie auf Unternehmenseite oder bezeichnet sie als eine Gefahr für die „Wirtschaft“.

Weil wir das in vieljähriger praktischer Erfahrung zur Genüge kennen gelernt haben, außerdem das tägliche Leben beweist, daß die Reichsindexziffer hinter den tatsächlichen Verhältnissen wesentlich zurückbleibt, haben wir in Nr. 91 und 92 einer andern Ermittlung des tatsächlichen Standes der Dinge den Vorschlag gegeben. Wir sagten uns, da die Preise den Wert des Lohnes bestimmen, und die Reichsindexziffer diese Bestimmung nur teilweise erfährt, wird es gut und zweckmäßig sein, wenn man noch einen andern Faktor zur Berechnung des heutigen Standes des Lebensbedarfs mit in Betracht zieht. Wir wählten dazu den Druckpreisetarif. Warum, in die Ferne schweifen, wo das Gute und Einwandfreie so nahe liegt! Wenn man nämlich von der gemeinsamen Basis von je 100 der Reichsindexziffer und des Druckpreisetarifs ausgeht, die heutigen Verhältnisse in Betracht zieht, so wird man sich sagen müssen, der Steigerungsgrad, den der heutige Druckpreisetarif offenbart, wird der Erfassung der tatsächlichen Kosten des Lebensbedarfs viel eher gerecht als die Reichsindexziffer. Zieht man ferner noch in Betracht, daß die amtliche Großhandelsindexziffer wesentlich niedriger ist als die Reichsindexziffer, daß also viele Bedarfsartikel für den Produktionsprozeß im Buchdruckgewerbe einen noch geringeren Grad der Verteuerung aufweisen als die von der Reichsindexziffer erfaßten Kostenteile des Bedarfs für Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und ein begrenzter sonstiger Bedarf der Einzelhaushaltungen, so wird es dem tatsächlichen Stand der Dinge oder der Unstimmigkeiten zwischen Preis und Lohn im Buchdruckgewerbe im Besonderen viel näher führen, wenn wir Reichsindexziffer und Druckpreisetarif einander näher bringen und den Durchschnitt aus beiden als das betrachten, was der Reichsindexziffer an Vollständigkeit noch fehlt. Die „Zeitschrift“ beurteilt allerdings eine solche Durchschnittsberechnung als unmöglich und unglücklich. Wir sind aber der Ansicht, daß die Unmöglichkeit einer solchen Verbindung schließlich nur in der Unfähigkeit beruht, zu erkennen, daß, wenn es schon auch von der „Zeitschrift“ ausgegeben wird, die Preise den Wert der Löhne bestimmen, der Druckpreisetarif auch einen Teil dieser Wertbestimmung darstellt. Die Tatsache, daß die Heranziehung der Reichsindexziffer indirekt jene Teile des Druckpreisetarifs reduziert, die als rein technische Kostenpunkte in Frage kommen, wird noch dadurch verstärkt, daß der viel niedrigere Großhandelsindex erkennen läßt, daß viele technische Betriebsmittel im

Volkshochschulheim Dreißigacker

Über Dreißigacker ist schon so manches geschrieben und gesprochen worden. Wahres, aber auch Unwahres; weshalb es nötig erscheint, einen genaueren Einblick in den Aufgabekreis dieser eigenartigen Fortbildungsmöglichkeit für die bildungshungrige junge Arbeiterklasse zu bieten.

Am südwestlichen Abhange des Thüringer Waldes bei Meiningen hat die Thüringer Volkshochschule ein Heim: Dreißigacker. Die Notwendigkeit der Errichtung solcher Stätten bestärken die vielen Anmerkungen für die kommenden Kurse. Was ist und was will nun Dreißigacker? Es will vor allen Dingen dem jungen Menschen geistige Schulung zuteil werden lassen. Wir glauben, daß die letzten bewegten Jahre unseres Zeitalters einen denkenden Menschen vor so manches Problem gestellt haben, worauf er noch heute der Antwort wartet. Fragen tauchen hier und da auf, aus deren Lösung man nie kommt, wenn man sich stets in seinen vier Wänden aufhält. Der reiche Stoff in den freien Arbeitsgemeinschaften ist bester Beweis für den geistigen Hunger der Menschen. Und es heißt schon etwas, vier Monate auf jede Belohnung zu verzichten und dem Streben nach Höherforschung des Geistes dem gleichmäßigen Trost des Alltags vorzuziehen.

Der Unterricht setzt sich aus folgenden Fächern zusammen: Volkswirtschaft, Pädagogik, Philosophie und Weltanschauungsfragen, Politik, Soziologie, Recht und Verfassungsfragen. Auch Religionsgeschichte und Kunstbetrachtungen kommen zu ihrem Recht. Kurz, tiefe Durchgeistigung der Probleme und die Bedeutung für bestehende Tatsachen schaffen hier ein großes Ganze.

Die Verschiedenheit der politischen Richtungen und der Berufsunterschiede verleihen der Arbeitsgemeinschaft erst die interessante Note. Der Wille zur Mitarbeit wird angeregt und manches Langquälende findet seine Lösung. Die Tageseinteilung ist abwechslungsreich. Früh 8 bis

12 Uhr findet der Unterricht statt. Nach gemeinsamer Mittagstafel mit den Lehrkräften und dem Hauspersonal ist eine einstündige Mittagspause, von 2 bis 4 Uhr ist Gruppenarbeit. Das Heim ruht auf dem Fundament der Mithilfe der Schüler. Deshalb wird täglich zwei Stunden körperlich gearbeitet. Da gibt's nun in Küche, Haus, Hof und Feld zu schaffen. Die reichhaltige Bücherei wird von einer Buchbindergaruppe unterhalten. Die Zeit von 5 bis 7 Uhr steht jedem zur freien Verfügung. Den Abend widmen wir der Geselligkeit, der Musik oder Theaterveranstaltungen in Meiningen.

Jeder, der den Willen hat, nach Dreißigacker zu kommen, zahlt vor Beginn des Kurses in bequemen Raten 40 Tagelöhne, Bemerber aus Thüringen 35 Tagelöhne. Weitere Kosten entstehen dem Schüler nicht, denn Kost, Wohnung und Unterricht sind in der zu zahlenden Summe inbegriffen. So gleicht die Volkshochschule einer festen Schicksalsgemeinschaft, die durch gemeinsame Arbeit und Freude unzerrenbar wird.

Im Januar 1924 wurde der stolze Bau durch eine riesige Feuersbrunst vernichtet. Unermüdete, rührige Hände haben den Wiederaufbau in die Wege geleitet und vervollständigt, so daß das Heim über die mißliche Lage der Inflationsjahre hinweg ist.

Nach Auswahl der nächsten zwei Kurse (1. März 1926 und 15. August 1926) sind noch Plätze zu besetzen. Als ehemaliger Dreißigackerer kann ich nur jedem jungen Kollegen aufs wärmste empfehlen, diese sich nur einmal bietende Gelegenheit nicht achtlos an sich vorbeigehen zu lassen. Gerade dem jungen Arbeiter tut es doppelt not, Sinn und Geist dort zu schärfen, wo die Garantie einer Intelligenz am sichersten ist. Das ist Dreißigacker. Der Aufstieg der Arbeiterklasse scheitert noch immer am „Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht“.

Anfragen und Auskunft erteilt die Leitung des Volkshochschulheimes Dreißigacker bei Meiningen (Thür.).

Erwin Sandrid.

Preise noch unter dem Teuerungssarat der Reichsindexziffer liegen. Die von uns gewählte Ermittlung der Kaufkraft der Mark hat also volkswirtschaftlich weit mehr Berechtigung als das starre, sinnlose Anklamern der „Zeitschrift“ nur an die Reichsindexziffer bei gleichzeitiger Janozierung der Großhandelspreise, in denen doch auch schon allerhand sogenannte unproduktive Betriebskosten, Steuern soziale Abgaben usw. enthalten sind. Dabei haben wir nicht, wie die „Zeitschrift“ im Gefolge ihrer Rechenkunstsünden annimmt, mit 138 Proz. Steigerung des Druckpreisetarifs gerechnet, sondern nur mit 111,5 Proz., und zwar 143,5 (Reichsindexziffer) und 211,5 (Druckpreisetarif) ergibt zusammen 355; die Hälfte oder der Durchschnitt davon ist 177,5. Nimmt man nun die inzwischen bekanntgewordene November-Reichsindexziffer mit 141,5 zu 211,5 (Druckpreisetarif), so beträgt der Durchschnitt 176,5, was einen Kaufkraftwert der heutigen Mark von 57 Pfennig gegen 56,5 im November oder für 48 M. (heutiger Spitzenlohn) nur 27,36 M. Friedenskaufkraft ergeben würde; während die Kaufkraft der heutigen Reichsmark am heutigen Stande des Druckpreisetarifs allein gemessen nur 47 Pf. betragen oder, auf den tariflichen Spitzenlohn von heute übertragen, für diesen nur eine Friedenskaufkraft von 22,56 M. ergeben würde. Daß wir bei unserer Berechnung der heutigen Steigerung des Druckpreisetarifs mit durchschnittlich 111,5 Proz. über den Friedenspreis nicht zu hoch gegriffen haben, bestätigt die „Zeitschrift“ in ihrem Artikel „Rechnerische Kunststücke“ in Nr. 96 (1. Dezember) selbst, indem sie die Erhöhung der Satzpreise ohne Ablesen mit 120 Proz. berechnet; von der Erhöhung der Druckpreise schweigt das Prinzipalsorgan vorsichtigerweise. Daß letztere 120 Proz. noch um eifriges Maß übersteigen, wissen wir aber genau so gut wie andre. Daß trotzdem von uns nur eine durchschnittliche Gesamterhöhung des Preisetarifs um 111,5 Proz. eingesetzt wurde, ist darauf zurückzuführen, daß wir von einer tatsächlich wesentlich höheren nominellen Steigerung des gesamten Preisetarifs für das Buchdruckgewerbe im Vergleich zu 1912 die inzwischen eingetretene tarifliche Arbeitszeitverkürzung sowie die tarifliche Verlebensfestsetzung abgesehen haben. Daß die „Zeitschrift“ uns den Vorwurf macht, wir hätten mit einer Steigerung der Satz- und Druckpreise von insgesamt 138 Proz. als Grundlage unserer Berechnung der Differenz zwischen Friedens- und Gegenwartspreise im Buchdruckgewerbe operiert, ist nur dadurch zu erklären, daß Adam Riese vom Kollendorfsplatz sich wahrscheinlich verariffen hat, indem er die ihm wohlbelannte tatsächliche Steigerungsziffer des Druckpreisetarifs mit der sich aus unserer Rechnung ergebenden Ziffer verwechselt und veröffentlicht hat. Denn die Mehrzahl der von unsern Sachverständigen in Preisetariffragen ermittelten Steigerungszahlen pendelt um die von der „Zeitschrift“ angegebene Ziffer von 138 Proz. in sehr auffälliger Weise herum. Warum wir diese Zahl trotzdem nicht als Maßstab gewählt haben, ist schon erwähnt worden.

Die von der „Zeitschrift“ mit besonderem Reiz angeführten Spitzenlöhne höher besahlter Gehilfen beweisen übrigens, daß der Preisetarif eine höhere Entlohnung der Gehilfen ganz gut ertragen kann, und daß es daher eine große Ungerechtheit und eine Unwahrheit ist, wenn man behauptet, der tarifliche Lohn könne nicht erhöht werden. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung tritt besonders drastisch dadurch hervor, indem die „Zeitschrift“ sich darauf beruft, daß heute nur 10 Proz. übertarifliche Entlohnung im Preisetarif einkalkuliert seien. Das war vor dem Kriege überhaupt nicht der Fall und dennoch betrug auch damals schon die übertarifliche Entlohnung im Reichsdurchschnitt etwa 10 Proz. des tariflichen Spitzenlohnes. Heute wird nun von Prinzipalsseite damit operiert, daß die übertarifliche Entlohnung sowohl in Berlin wie in Leipzig durchschnittlich etwa 18 Proz. des tariflichen Spitzenlohnes ausmache. Wie schon erwähnt, sind 10 Proz. davon im Druckpreisetarif schon eingerechnet, bedeuten also im Vergleich zur Friedenszeit, wo die übertarifliche Entlohnung nicht besonders im Preisetarif mit einkalkuliert war, keinen durch den Druckpreisetarif nicht erfassten Lohnanteil. Es bleiben somit höchstens noch 8 Proz. der heutigen übertariflichen Entlohnung als besondere Belastung, im Vergleich zur Vorkriegszeit also noch 2 Proz. weniger; d. h. aber nur dann, wenn man annehmen könnte, daß die übertarifliche Entlohnung im Reichsdurchschnitt tatsächlich 18 Proz. betragen würde. Unseres Wissens beträgt diese aber höchstens 15 Proz.; z. B. im ganzen Obergau, also rund um Berlin herum, nur 9 Proz. Und diese übertarifliche Entlohnung haben wir neben den schon erwähnten Abstrichen für verkürzte Arbeitszeit und Einführung tariflicher Ferien von der Gesamterhöhung des Druckpreisetarifs ebenfalls entsprechend mit abgeseht, indem wir nur mit 111,5 Proz. Steigerung des letzteren und nicht mit 138 Proz. nach Ansicht der „Zeitschrift“ rechneten. Eine weitere Polemik gegen die „Rechnerischen Kunststücke“ der „Zeitschrift“ in Sachen des Preisetarifs wollen wir uns vorläufig schenken. Ob wir im weiteren Verlauf der Dinge auf dem Lohn- und Tarifaebiete noch zu einigen andern Punkten aus der Begründung der

„Zeitschrift“ für die große Spanne zwischen Lohn- und Preisetarif eingehen werden oder nicht, hängt ganz von der diesbezüglichen Haltung der Prinzipale in nächster Zeit ab. Insbesondere wäre die Behauptung der „Zeitschrift“ über eine angebliche Verdoppelung der Zirkulationen und die Verminderung der Druckleistungen der Maschinen seit 1912 ein Kapitel, aus dem ganz besondere Schlussfolgerungen für die heutige Praxis zu ziehen wären. Auch die von der „Zeitschrift“ behauptete fünfprozentige Steigerung der Steuern, die den Druckpreisetarif belastet, wäre einer eingehenderen Prüfung würdig. Und schließlich wäre auch einmal darüber etwas eingehender zu reden, wie es möglich ist, daß die Ansichten über die Berechnung von Satzstunden so stark auseinandergehen können, daß in einem von Prinzipalsseite durchgeführten Kalkulationskurs nach einem Bericht der „Zeitschrift“ in Nr. 92 die Schätzungen über die erforderliche Stundenzahl für eine Anzahl Seiten aus einem Katalog zwischen 27 und 115 Satzstunden schwanken. Das alles sind Fragen, die ein sehr eigenartiges Licht auf Art und Weise der Preisberechnung im Buchdruckgewerbe werfen. Doch wie gesagt, wir wollen zunächst von einem noch tieferen Hineinsteigen in diese Dinge Abstand nehmen und der Dinge harren, die da kommen werden.

Zusammenfassend wäre über das Thema der Arbeit Lohn und Preis daher nur noch zu sagen, daß genau so, wie die meisten Warenpreise den eigentlichen Wert des Lohnes bestimmen, auch der Druckpreisetarif einen Maßstab dafür bildet, und daß es unter Hinzurechnung der Reichsindexziffer gar nicht so unmöglich und unglücklich wäre, aus diesen beiden Faktoren die Kaufkraft des Buchdruckerlohnes zu ermitteln. Daß auf diesem Wege die wirkliche Kaufkraft des Lohnes gerechter und zuverlässiger erfasst wird, kann doch ernstlich nur bestreiten, wer infolge besonders günstiger Einkommensverhältnisse überhaupt nicht mit dem unverantwortlichen Entbehrensfaktor der Reichsindexziffer zu rechnen hat, oder wer der Ansicht ist, daß der Druckpreisetarif die heutige Kaufkraft des Geldes weit übersteigt. Von einer Besöhnung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Druckpreisetarif, wie die „Zeitschrift“ unsere Heranziehung des letzteren an die Lohnfrage kommentiert, hat dies gar nichts zu tun, wohl aber mit einem gerechten Ausgleich zwischen Lohn und Preis der Arbeit im Buchdruckgewerbe nach innen wie nach außen.

Das kampfstarke Festhalten an der unzulänglichen Reichsindexziffer wie auch sonstige Rechenkunstsünden der „Zeitschrift“, um eine möglichst grobe nominelle Steigerung des heutigen Buchdruckerlohnes gegenüber der Vorkriegszeit herauszuklauen, ist daher angesichts der wirklichen Verteuerung des Lebensbedarfs nur Spiegelscherei, der sich ernsthafte Männer nicht hingeben sollten. Denn wenn alles in Wirklichkeit so wäre, wie es das Prinzipalsorgan hinstellt, dann hätten die Gehilfen wie auch deren Vertreter keine besondere Ursache, auf Erhöhung des tariflichen Lohnes zu drängen. Weil aber die Lohnpolitik der Unternehmer im Vergleich zu den heutigen Kosten des Lebensbedarfs oder zum Lohn und Preis der Arbeit sich wie Feuer und Wasser gegenüberstellt, würden die „Belehrungen“ der „Zeitschrift“, wenn wir diese im „Korr.“ wirklich wiedergeben wollten, nur vergebend und noch mehr verbitternd wirken als es die tatsächlichen Verhältnisse schon ohnedies tun. Kommt zu dieser unternehmerseitigen Verdunkelung der Tatsachen noch das in letzter Zeit auch vom Prinzipalsorgan im Buchdruckgewerbe mehrfach hervortretende Bestreben, die Gewerkschaften für die Notlage der Arbeiterschaft verantwortlich zu machen, dann wird es nur um so deutlicher, daß es den Verteidigern der privatkapitalistischen Profitwirtschaft auf dem Lohngebiete immer mehr an sachlichen Argumenten fehlt. Wir nehmen daher auch diese persönliche Verächtlichmachung der Gewerkschaftsführer und insbesondere jene, die sich gegen die Vertreter unsres Verbandes richtet, in keiner Weise tragisch. Sie beweist nur die Bedeutung der Interessenvertretung der Arbeiterschaft gegenüber den Absichten des Unternehmertums. Kämen die Gewerkschaftsführer diesen Absichten entgegen, so wären sie zweifellos in den Augen der Unternehmer die tüchtigsten und prächtigsten Menschen. So aber, weil sie nicht so dumm sind, die Lohnpolitik des Unternehmertums als der Weisheit letzten Schluß zu beurteilen, möchte sie der eine Unternehmervertreter am liebsten am Galgen baumeln sehen; ein anderer sucht sie unter den fadensteinsten Gründen von der Teilnahme an Verhandlungen auszuboten oder ihre Tätigkeit als parteipolitisch abgestempelt zu bezeichnen. In Wirklichkeit sind sowohl die Gewerkschaften wie deren Führer nur die natürlichen Gegenpole der Unternehmerpolitik gegenüber der Arbeiterschaft. Ihre Bedeutung für die letztere steigt und fällt mit dem Steigen und Fallen der privatkapitalistischen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.

Weber die Arbeiterschaft noch deren Organisationsvertreter wollen von den Unternehmern in dieser Beziehung auch nur das geringste geschonkt haben. Aber sie wollen auch ihrerseits dem Unternehmertum nichts schenken. Die Arbeiterschaft will zunächst nichts anderes als einen Lohn, der dem Preis ihrer Arbeitskraft entspricht, und zwar jenem

Preise, den sie nicht nur für die Erhaltung ihrer Arbeitskraft zu zahlen hat, sondern ihr auch von den Früchten des Mehrwerts ihrer Arbeitsleistungen nicht mehr und nicht weniger zuante kommen läßt, als die Unternehmer für ihre persönlichen Leistungen im Wirtschaftsprozess in Anspruch nehmen. Alles was darunter oder darüber ist, ist vom Übel und nur auf Konstruktionsfehler der heutigen Wirtschaftsordnung zurückzuführen und unmoralischer Ausbeutung der Leistungen anderer Menschen gleichzustellen. Diese Konstruktionsfehler haben nicht die Arbeiter und ihre Führer zu verantworten, sondern fallen jenen „Wirtschaftsführern“ zur Last, die sich heute noch dagegen stemmen, sie zu beseitigen und aus dieser ungerechten und unvernünftigen Wirtschaftsordnung trotz angeblicher Kapitalnot noch riesige Summen herauspressen, um Tausenden von Volks- und Arbeiterfeinden ein arbeitsloses Landnechtsleben zu ermöglichen, das nach innen wie nach außen eine besondere Gefahr für deutsches Land und den Neubau eines freien deutschen Volksstaates bildet. Daher bedeuten der Arbeit Lohn und Preis das wichtigste wirtschaftliche Problem der Gegenwart. Von seiner Lösung im Sinne der gewerkschaftlichen Bestrebungen hängt die Zukunft der deutschen Wirtschaft und damit auch der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg des deutschen Volkes ab. Die Notwendigkeit einer baldigen Lösung dieses Problems verkennen, heißt weiterwursteln im bisherigen Sumpf der privatkapitalistischen Profitwirtschaft, heißt aber gleichzeitig auch Verschärfung der Wirtschaftskrisis mit sicherer Auflösung aller friedlichen Verständigungsmöglichkeiten zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft. Ob bei Eintritt der daraus sich entwickelnden sozialen Katastrophe, das Unternehmertum oder die Arbeiterschaft den Kürzern ziehen wird, lassen wir hier unbeantwortet. Die Zukunft wird es aber sicher lehren, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht mehr nur der Artos sein will, auf dem Waffens gegen sie selbst geschmiedet werden. Unsere Absicht war und ist es, durch diese Darlegungen vor einer Fortsetzung dieser kulturfeindlichen Wirtschaftszerrüttung durch das nur auf seinen Profit bedachte Unternehmertum zu warnen, weil wir genau wissen, daß auch die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes von den Unternehmern nichts geschenkt haben will, noch weniger aber in der Lage und bereit ist, diesen in Zukunft etwas zu schenken!

Gewerkschaftliches Kopfrechnen

Unter dieser Überschrift polemisiert in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ ein W. E. zeichnender Kritischschreiber gegen meinen in Nr. 94 des „Korr.“ abgedruckten Artikel: „Hebung der Produktion?“. Die in diesem Artikel angeführten Tatsachen vermag Herr W. E. nicht zu bestreiten. Dagegen hat es dem Herrn W. E., welcher der in Frage kommenden Firma D. E. (Isner) meines Erachtens sehr nahe steht, mein vorgelegtes Rechenexempel angeht. Ich hatte geschrieben: „Bei dem Lohn, den der betroffene Drucker erhält, müßte er bei der vollen Erlegung der in Frage kommenden Summe 83 Wochen oder mehr als 1½ Jahre vollkommen umsonst arbeiten!“ Diese volle Summe, die die Firma bei der erhobenen Klage vor dem Gewerbegericht geltend machte, betrug 338 M. Reparaturschaden und 5000 M. „Wertminderung“, macht nach Adam Riese zusammen 5338 M. Die mir zum Vorwurf gemachte „schamhaft verschwiegene Lohnhöhe“ des einen Rotationsdruckers beträgt 64 M. 5338 : 64 ergibt 83. Das ist kein gewerkschaftliches Kopfrechnen, sondern ein Rechnen, das man schon von einem Abschätzen verlangt. Da Herr W. E. als Durchschnittslohn für Rotationsdrucker in Berlin 65 M. angibt, so ist festzustellen, daß die genannte Firma dem betroffenen Rotationsdrucker nicht einmal diesen Durchschnittslohn bezahlt, sondern mit 1 M. darunter bleibt; jedenfalls um so schlimmer, wenn die Firma dann mit einer solch ungläublich hohen Haftsumme vor das Gewerbegericht tritt. Daß die Firma im letzten Moment und in Anwendung von einigem Gerechtigkeitsempfinden auf die „Wertminderung“ von 5000 M. verzichtete, habe ich „in der Eile“ durchaus nicht vergessen, sondern in meinem Artikel selbst zum Ausdruck gebracht.

Auch der Tatsache wurde Erwähnung getan, daß zwei Drucker in Frage kommen, indem ich schrieb: „... und die beiden Drucker wurden zur Haftung herangezogen“. Im Schluß meines Artikels brachte ich den Satz: „Bei der Teilung der Summe auf beide Betroffene müßten diese dann ihren Hungerreklod auf mindestens dreiviertel Jahr einrichten“. Wie Herr W. E. dabei den Wort aufbringen vermag, von einer „Irrführung“ zu sprechen, bleibt ihm selbst überlassen. Aber eine versuchte Irrführung bleibt bestehen, und zwar die durch Herrn W. E. Dem Herrn wird es auch nicht gelingen, den Beweis zu liefern, daß ein Lohn von 65 M. als tragbar erscheint für Haftsummen von der Höhe, wie sie die betreffende Firma als „gerecht und billig“ anzusehen scheint.

Ich mache daher nach dem oben Angeführten dem Herrn W. E. wohl den berechtigten Vorwurf, daß er trotz seiner „müßlich dunklen Größe“ weder richtig zu lesen noch richtig zu rechnen vermag.

Im übrigen ist das Bestreben der Firma D. E., die Haftung für ihre Drucker auszunutzen, auch nur „ein Beispiel für viele!“

Berlin.

Paul Muffa.

Korrespondenzen

Breslau. In unserer Versammlung am 3. November wurden nach Ehrung des Andenkens eines verstorbenen Kollegen sieben Kollegen unsern Reihen zugeführt, während einer zum Ausschluß gebracht werden mußte. Hierauf hielt Herr v. Grumbkow einen Vortrag über „Die Lage auf dem Geldmarkt und der Einfluß auf die Wirtschaft“, in welchem er auf die Ursachen der jetzigen allgemeinen Geldknappheit einging: Troßdem 1913 das zur Verfügung stehende Kreditkapital (Spareinlagen usw.) 25 Milliarden betragen habe, welchem jetzt nur noch 9 Milliarden gegenüberstehen, müßte dieses Kapital bei normalen Verhältnissen genügen, das Kreditbedürfnis zu befriedigen, d. h. wenn nicht die Handelsbetriebe im Deutschen Reich sich um 265 Proz. vermehrt hätten, was bei dem geringeren Konsum als durchaus ungesund bezeichnet werden müsse. Dies und nicht die „hohen Löhne“ sei die Ursache der Kreditnot. Herr v. Grumbkow konnte den Banken den Vorwurf nicht ersparen, daß sie diesen unproduktiven (da nur Vermittler zwischen Produzent und Konsument) Handelsprodukten den Kredit gewährten, anstatt die produktiven Arbeitsbetriebe mehr zu berücksichtigen. Als weiteres Übel im Wirtschaftsleben sei die Annahme der Zollvorlage zu bezeichnen, die die geplante Preisentzugsaktion zunichte machen mußte. Anstatt danach zu streben, die Rohstoffe möglichst billig einzuführen, verschließen wir die Tore und erdrosseln hierdurch die Produktion. Der Referent hält eine Änderung nur für möglich durch den Anschluß an die sozialistischen wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Auch der Bund der Arbeiter und Angestellten maß der Referent große Bedeutung zu. Es sei zu hoffen, daß jeder Arbeiter seine Ersparnisse bei dieser Bank anlegt. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und erbrachte noch eine umfangreiche Aussprache. Unter „Verschiedenem“ wurde noch mitgeteilt, daß sich der Invalidenstand auf 35 erhöht hat. Der Büchergilde gehören zurzeit 250 Mitglieder an, womit allerdings noch lange nicht das erreicht ist, was zu erreichen möglich wäre. Durch rege Agitation wird es versucht werden.

a. Erfurt. (25 Jahre Vorstehender.) Selbst in der an Beispielen der Klassenolidarität und Opfern persönlicher Art so reichen Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und der deutschen Gewerkschaften überhaupt, dürfte das Subtilium zu den Seltenheiten gehören, das am 17. November unser Kollege Louis Stange begehen konnte: er war an diesem Tage 25 Jahre Vorstehender des Ortsvereins und Bezirks Erfurt. Welche Summe von Arbeit für die Kollegen, für die Organisation und schließlich für die Allgemeinheit der Arbeiterklasse in dieser 25jährigen Wirksamkeit an der Spitze einer gewerkschaftlichen Organisation enthalten ist, das wird nur der richtig zu würdigen wissen, der die Gewerkschaften nicht nur mit den Augen des Zahlenden und seine Rechte von ihr fordernden Mitgliedes betrachtet, sondern der sich auch die Frage vorlegt, was dazu gehört hat, um die Gewerkschaften und im besonderen unsern Verband in Erfurt zu der inneren Festigkeit und Leistungsfähigkeit, aber auch zu ihrer äußeren stolzen Größe und Bedeutung im Kampfe der Arbeiterklasse um ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg in unser kapitalistischen Gesellschaften emporzuführen. Das Seine hierzu beigetragen zu haben, kann sich Kollege Stange nach 25jähriger Wirksamkeit als Vorstehender als Verdienst anrechnen. Zwei Tatsachen mögen das bestätigen: in diesem Vierteljahrhundert wurden insgesamt 269 Orts- und Bezirksversammlungen abgehalten, davon nur sechs nicht unter dem Vorsteh von Louis Stange. Bei Übernahme des Amtes zählte der Ort 90, der Bezirk Erfurt nicht viel über 100 Mitglieder; heute ist der Ortsverein auf über 400, der Bezirk auf 600 Mitglieder angewachsen. Welche Fülle organisatorischer und tariflicher Arbeit in diesen wenigen Zahlen steckt, das zu schildern, ist an dieser Stelle überflüssig. Daneben vernachlässigte Kollege Stange neben seinen beruflichen Obliegenheiten als Faktor der Parteidruckerei der „Tribüne“ auch nicht seine sonstigen Pflichten in der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung; seit vielen Jahren und noch bis heute gehört er auch dem Gewerbegericht als Arbeitnehmerbeisitzer an. Die Kollegenschaft ließ es sich nicht nehmen, den Ehrentag ihres treuen Führers festlich zu begehen. Es geschah das in einer Ortsvereinsversammlung am selben Datum, an dem Kollege Stange vor 25 Jahren in stürmisch bewegter Versammlung die Glocke des Ortsvereins, wollten sagen: die „Zügel der Regierung“ ergriffen hatte. Eine besondere Freude wurde ihm dabei durch das Erscheinen des Gauvorstehers, Kollegen Wislaug, im Gefolge einer größeren Anzahl Freunde und alter Kampfgenossen von dem Nachbarortverein Weimar bereitet, ferner war der Bezirksvorstand Jena durch den Kollegen Thieme vertreten, selbst der zufällig in Erfurt weilende Kollege Pietzchner vom Ortsvorstand Magdeburg nahm an der Feier teil. Die Ansprachen und Glückwünsche, die der zweite Vorstehende, Kollege Ed. Schäfer (Erfurt), Gauvorsteher Wislaug, die Vertreter des Orts- und Bezirksvorstandes Weimar und Jena, der Magdeburger Kollege und schließlich Arbeitsekretär Kollege Sailer (Erfurt), letzterer im Auftrage des Kartellvorstandes, an den Subilar richteten, sie alle wurden dem allezeit pflichterfüllten, besonnenen und erfolgreichen Wirken gerecht, auf das Kollege Stange im Dienste seiner Organisation zurückblicken konnte. Aber manch erstens und leider nur allzu berechtigtes Wort wurde dabei auch an die junge Generation der Kollegen gerichtet, sich die Arbeit der Alten am Aufbau ihres stolzen Verbandesgebäudes und der Arbeiterbewegung überhaupt zum rühmlichen Vorbild zu nehmen, nicht taten- und interesselos zur Seite zu stehen und nur Früchte ernten zu wollen, während sie das Feld zu beackern andern überlassen. Vom Gauvorstand und vom Bezirks- und Ortsverein Erfurt wurden dem Kollegen Stange als sichtbare Zeichen der Wert-

Jähung seiner Verdienste wertvolle Andenken überreicht, vom Bezirksvorstand Weimar eine Dankadresse und vom Typographischen Klub Erfurt ebenfalls ein sinniges Angebinde. Eine große Anzahl Glückwunschkarten (vom Verbandsvorstand, Bezirks- und Ortsvorständen und Kollegen) war außerdem eingegangen. Für die überraschende Fülle der Glückwünsche, Anerkennungen seiner Arbeit als Funktionär des Verbandes und Beweise alter treuer Freundschaft laute Kollege Stange in seiner schlichten Art allen herzlichsten Dank. Der Schluß des Abends war der Geselligkeit gewidmet, wobei der Gesangsverein „Gutenberg“ mit seinen Darbietungen nicht geizte, aber auch der alte Buchdruckerhumor wieder seine Triumphe feierte. — Unserm Kollegen Louis Stange aber mag noch manch Fährlein als Steuermann des Erfurter Verbandsschiffes beschieden sein.

Hamburg-Altona. In der Versammlung am 27. Oktober widmete Kollege Kunzler den verstorbenen Kollegen Rosenbruch und Verdian, die an hervorragender Stelle tätig waren, ersterer langjährig als Gauvorsitzer in Hannover, letzterer als internationaler Sekretär in Bern, einen ehrenden Nachruf. 224 Arbeitslosenwochen im zweiten Quartal stehen 1589 im dritten Quartal gegenüber. Kollege Engel warb durch einen kurzen Appell für die von den Gewerkschaften und Genossenschaften getragene „Volkspflege“. Er wies vor allem gegenüber anderen Lebensversicherungen auf ihren gemeinnützigen Charakter hin. Jeder versichere sich nicht nur selbst, sondern stelle sich auch in den Werbedienst für die „Volkspflege“. Sodann sprach Gewerkschafts-genosse Herent in umfassender und zugleich fesselnder Weise über das Thema „Wirtschaftsdemokratie“. Er wies zunächst darauf hin, daß der Zusammenbruch des alten Staates undenkbar sei ohne den Krieg, die Entstehung des neuen Staates aber undenkbar ohne die jahrzehntelange Vorarbeit der Organisationen der Arbeiterschaft. Seit 1918 sei die Stellung der freien Gewerkschaften zum Staat und zur Wirtschaft eine völlig andre, eine neue Kampfesperiode habe begonnen. Es gelte, das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß zu erringen. Manche Hoffnungen wurden und konnten 1918 nicht erfüllt werden, denn: politische Umwälzungen bedingen noch lange keine wirtschaftliche Revolution. Die neue Staatsform kam wohl, aber die alten Wirtschaftsformen blieben, nicht zuletzt durch die Fehler der Unpolitischen. Politik und Wirtschaft seien so eng miteinander verbunden, daß die Gewerkschaften nicht anders könnten, als auch politisch wirken. Denn die Politik und ihre „Maschine“, das Parlament, sollen Gesetze schaffen, die Ausdruck des Standes der Wirtschaft sind. Tarif- und Lohnpolitik seien wohl wichtig, aber nicht Selbstzweck, sondern nur Behelfsmittel gegen die Selbstsucht der Unternehmer. Die Weimarer Verfassung bildet die Grundlage unseres „theoretisch einwandfreien“ Staates. Die darin verankerten Volksrechte gelte es in die Praxis umzusetzen. Weil wir wissen, daß reaktionäre Kräfte am Werk sind, besonders den § 165, der die Gleichberechtigung der Unternehmer und Arbeiter in der Wirtschaft garantiert, durch einen Gesetzeswurf auszuschalten und somit die Autokratie des Unternehmertums zum Dauerzustand zu machen, darum unser Kampf für die Wirtschaftsdemokratie. Ohne Durchführung dieses Paragraphen werde der wirtschaftliche Sozialismus für immer eine Utopie bleiben. Die Arbeiter als Träger der Wirtschaft müssen Einfluss auf die Wirtschaft ausüben können. Das Betriebsrätegesetz sollte der Arbeiterschaft das Tor zur Wirtschaft öffnen. Aber die Einflussmöglichkeit ist gleich Null geblieben, weil den Arbeitern der Blick in die inneren Angelegenheiten des Unternehmens und damit der Wirtschaft verwehrt wird. Was wir mit allem Nachdruck fordern müßten, sei die paritätische Zusammensetzung der Handels-, Gewerbe- und Handwerkskammern, und die Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat. Es sei naid von der RPD, in dieser Parität eine Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft, ja Arbeiterverrat zu sehen. Einblick in die Verhältnisse der Wirtschaftsgegner ist nötig, wenn wir die kapitalistische Wirtschaft bekämpfen, ja überwinden wollen. Jetzt werden wir abstrichlich von dem Wirtschaftsinternat ferngehalten. Der Weg zur Gemeinschaft erfordert Demokratie; Demokratie und Sozialismus gehören zusammen. Die nächste Etappe in unserm neuen Staat sei der Kampf um die wirtschaftliche Macht. Die wirtschaftspolitische Führung müsse ausschlaggebend bei den Gewerkschaften liegen. Die Krisen in den verschiedenen Konzernien, im Bergbau und andern Industrien deuten auf die Notwendigkeit der Umgestaltung der Wirtschaft hin. Diese Umwandlung zu beeinflussen, sie nach Möglichkeit in die großen Kanäle des Wirtschaftssozialismus einmünden zu lassen, sei das nächste Ziel der Gewerkschaftsbewegung. In der Aussprache wies Kollege Bruhn darauf hin, daß schon 1918 der Versuch gemacht wurde, die Demokratie auch in der Wirtschaft durchzusetzen. Er schlug aber fehl, denn die Regelung der Wirtschaftsdemokratie sei eine Machfrage. In der Gewerkschaft sollten alle christlichen Ansichten respektiert werden. Voraussetzung der Erringung der wirtschaftlichen Demokratie sei die Schaffung der gewerkschaftlichen Einheitsfront. Kollege Hügens gab der Überzeugung Ausdruck, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft keine Demokratie in unserm Sinne geben kann, daher sei es auch unmöglich, von einer sozialistischen Beeinflussung der kapitalistischen Wirtschaft zu sprechen. Das Bewußtsein von der wirklich berechtigten Notwendigkeit der Gleichberechtigung der Schaffenden im Produktionsleben müsse in den Massen geweckt werden. Kollege Schulte sieht die Ursache der politischen und wirtschaftlichen Mißerfolge in Hemmungen bei den Massen und auch bei den Führern. Die politischen Gegenkräfte unter den Arbeitern müßten weichen, um eine feste gewerkschaftliche Front gegenüber den Unternehmern zu schaffen. Kollege Weilmann hält eine streng wissenschaftliche Untersuchung der wirtschaftlichen Dinge für notwendig. Jede Zeit habe ihr eigenes Leben. Die Berrissenheit der Arbeiter sei das große Übel. Kollege Rump hielt es für verfehlt, Bergangesen aufzuführen, der Gedanke

der Wiederherstellung der Einigkeit müsse jeden befehlen. Kollege Martens konnte sich nicht für den demokratischen Entwicklungsweg entscheiden. Das kapitalistische System müsse zerstört werden, um neu aufzubauen. Kollege Martens begrüßte es, daß gegenüber all der Kleinarbeit einmal wieder das große Ziel, der wirtschaftliche Sozialismus, aufgezeigt worden sei. Uneinigkeit herrsche über den Weg zum Ziel. Das Mißtrauen gegen die Mitwirkung in paritätischen Körperschaften sei nicht ganz unberechtigt, daher sei die Frage: paritätische Kammern oder reine Arbeiterkammern zu prüfen. Kollege Lochnere beklagte die Bekämpfung der Arbeiterschaft untereinander in Rede und Schrift. In seinem Schlußwort setzte sich der Referent mit den Diskussionsrednern im Sinne seines Referats auseinander, besonders betonend, daß keine Arbeiterkammern Isolierkammern für uns würden und daher nur paritätische Kammern in Frage kommen könnten. Anders sei der § 165 der Reichsverfassung gar nicht durchzuführen. Der jetzt bestehende unheilvolle Einfluss der Unternehmerkammern auf die Regierung müsse durch das Eindringen der Arbeiterschaft gebrochen werden. Kollege Kunzler besprach zum Schluß verschiedene notwendige Änderungen in der Verwaltung zum besseren Kontrolle der Beitragszahlung. Nach kurzer Aussprache stimmte die Versammlung diesen Vorschlägen zu, lehnte es aber ab, daß verloren gegangene, aber bezahlte Beitragsmarken nachzuzahlen sind. Der Passus im Quittungsbuch, daß in Streitfällen letzten Endes der Besitz der Marke entscheidend ist, soll gestrichen werden.

Mühlb. Am 25. Oktober fand hier eine gutbesuchte Versammlung des Bezirksvereins statt. Kollege Friedrich Strack von der Gauverwaltung München referierte über „Gewerkschaftliche Tagesfragen“. Seine Ausführungen erweckten allgemeines Interesse und fanden reichen Beifall. Kollege Bruckner (Mühlb.) erstattete einen kurzen Bericht über die Ortsgruppenleitertagung des Bildungsverbandes in München. Der Kassenstand betrug 64 M. Stark gerügt wurde das passive Verhalten verschiedener Druckorte dem Bezirksverein gegenüber, die es als ganz überflüssig finden, den Bezirksbeitrag zu entrichten. Die nächste Versammlung findet im Frühjahr 1926 wiederum in Mühlb. statt.

Donabrüd. Am 1. November fand hier eine gutbesuchte Versammlung am 1. November führte 160 Mitglieder hier zusammen. Die hiesige „Typographia“ hatte sich wie immer wieder zur Verfügung gestellt und brachte einleitend zwei Lieder zu Gehör. Nach herzlichem Begrüßung durch den Vorsitzenden Herlikius nahm die Versammlung zunächst eine Ehrung ihres verstorbenen früheren Gauvorsitzers Karl Rosenbruch (Hannover) vor, der 52 Jahre dem Verbands angehört und hiervon 45 Jahre durch das Vertrauen der Kollegenschaft in führender Stellung sich für das Wohl und Wehe der gesamten organisierten Buchdruckergehilfen des Gaues Hannover eingesetzt hat. Einleitend zeichnete dann der Vorsitzende ein Bild von der organisatorischen und tariflichen Entwicklung seit der letzten Zusammenkunft im Mai d. J. und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Verbandsvorsitzenden und der Gehilfenvertretung gelingen möge, in den Lohnfragen baldigst Schritte zu unternehmen, die dem tatsächlichen Bedürfnis der Gehilfenschaft Rechnung tragen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten sprach unser zweiter Verbandsvorsitzender Kraus über das Thema: „Die Gewerkschaften in der Entwicklung der Zeit“. In seinen Ausführungen, fesselt vom Anbeginn bis zum Ende, verbreitete sich Redner zunächst über das wirtschaftliche Gebiet, dabei zum Ausdruck bringend, wie durch ihre eigne Einstellung die breite Masse verurteilt ist, die gewaltigen uns ausgeübten Lasten zu tragen. Die Sozialgesetzgebung streift, ging er über zu den zeitgemäßen gewerkschaftlichen Tagesfragen überhaupt, hier sich vor allem mit der Organisationsform — „Industrie- oder Berufsverband“ — beschäftigt. Dann die organisatorische Lage besprechend, klangen seine Ausführungen aus mit der Mahnung, daß es Pflicht jedes organisierten Arbeiters sei, sich mit allen Mitteln für die Interessen der Gewerkschaftsbewegung einzusetzen und aufklärend zu wirken, wo nur die Gelegenheit gegeben sei. Dem mit lebhaftem Beifall endenden Referat folgte eine kurze Besprechung und hierauf der Bericht des Vorsitzenden über die allgemeine Lage im Bezirk. Es konnte festgestellt werden, daß die Konjunktur den Verhältnissen entsprechend gut ist, was auch seinen Ausdruck findet dadurch, daß Arbeitslose hier nicht zu verzeichnen sind. Ein vom Vorstand vorgeschlagenes neues Bezirksstatut wurde genehmigt und nach einigen andern Besprechungen die Versammlung geschlossen. — Ein gemüthliches Beisammensein beschloß die anregend verlaufene Tagung.

Weimar. (Maschinenfabrik.) Am 1. November hielt die Maschinenfabrikvereinigung des Gaues Thüringen hier ihre Herbstversammlung ab. Von 29 dem Gau angehörenden Orten waren 19 mit 123 Mitgliedern vertreten. Außer dem Orts- und Bezirksvorstand von Weimar war auch der Gauvorsitzende anwesend. Auf der Tagesordnung standen außer den geschilderten Punkten „Protokoll“ und „Mittelungen“ noch die drei Punkte „Tarifliches“, „Technisches“ und „Verschiedenes“. Während sich die beiden ersten Punkte glatt abwickelten, nahm der Punkt „Tarifliches“ den größten Raum der Tagung ein. Es wurden verschiedene tarifliche Unklarheiten besprochen, zu prinzipiellen Fragen Stellung genommen und folgender Beschluß gefaßt, der dem Verbandsvorstand zur nächsten Tarifberatung als Änderungsantrag unterbreitet werden soll: „Die Protokollerklärung zu § 32 sowie im § 11 Absatz 3 (Sonderbestimmungen für Maschinenfabrik) das Wort „möglichst“ sind zu streichen. Diese beiden beantragten Änderungen fügen auf der Erfahrung, daß die in der jetzigen Form bestehenden Paragraphen zu unnötigen Auseinandersetzungen und Buchstabenreitereien führen.“ Weiter wurde beschlossen, dem Gau eine Anträge zu unterbreiten, worin gefordert wird, daß jede Sparte durch einen Kollegen im Gauvorsitzenden vertreten wird, um ein noch engeres

Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Unter Punkt „Technisches“ erfolgte eine rege Aussprache über elektrische Beheizung sowie über verschiedene Neuerungen, so z. B. Matrizenohrenbürste, Reinigungsfließ und Matrizenreinigungsapparat. Auch andre Erfahrungen wurden ausgetauscht. Der Punkt „Verständliches“ gewährte Einblicke in die Reihen der Kollegen. Man nahm Stellung zur Lohnfrage und erörterte noch die Handhabung einiger Punkte des Tarifs. An allen Debatten, die sich aus dem reichlichen zur Beratung stehenden Stoff ergaben, beteiligte sich der Gauvorstand sehr rege. Die übrige Kollegenschaft zeigte nicht minder großes Interesse, und so nahm die Tagung einen guten Verlauf und endete zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten.

J. Zittau. Ihre Bezirksversammlung fand am 8. November statt, und zwar wurde sie diesmal in Neugersdorf abgehalten. Mit einem Viede eröffnete der Kollegenangehörigen „Gutenbergs“ (Zittau) die Versammlung, worauf der Vorsitzende Kollege Reichel (Zittau) die Kollegen und die Sunabuchdrucker, die zu dieser Versammlung eingeladen waren, begrüßte und anschließend daran dem früheren Tarifamts-geschäftsführer, Kollegen Paul Schliebs, einige kurze Gedächtnisworte widmete. Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen in der üblichen Weise. Kollege Hiller (Neugersdorf) begrüßte hierauf die Versammlung am Tagungsorte. Die Anwesenheitsliste stellte fest, daß mit Ausnahme von Scheibe alle Bezirksorte außerordentlich zahlreich vertreten waren. Es ist nur zu wünschen, daß auch in Zukunft die Versammlungen so zahlreich besucht würden. Sodann hielt Gauvorsteher Freitag (Dresden) ein Referat über „Rehringsordnung und Organisation“, das besonders den Lehrlingen zeigte, in welcher Weise sich unter Verband die Sorge um die Aus- und Fortbildung unfres Nachwuchses angelegen sein läßt und auch auf sozialem Gebiet für das Wohl der Lehrlinge bedacht ist. Die tiefgründigen Ausführungen, die auch für die Kollegen viel des Wissenswerten boten, fanden reichen Beifall. In einer kurzen Aussprache wurden verschiedene Punkte noch näher erörtert. Nach einer Gelbbewilligung hielt Kollege Junker (Zittau) einen kurzen Vortrag über den Johannisfestdruckausstausch mit Ausstellung der Arbeiten, der reges Interesse fand. Die Berichte aus den Bezirksorten lauteten im allgemeinen, abgesehen von den alten Schmerzenskindern, günstig. Nach verschiedenen Anfragen fand die Versammlung gegen Mittag ihr Ende. — Am Nachmittag vereinigten sich die Bezirkskollegen zu einem acmüthlichen Beisammensein im „gelobten Land“, und bei Gesang und Humor vergingen die Stunden nur allzu schnell.

Allgemeine Rundschau

Lohnverhandlungen und Gauvorsteherkonferenz. Die nach erfolgter Kündigung des geltenden Lohnabkommens notwendig werdenden Lohnverhandlungen nehmen am Dienstag, dem 15. Dezember, nachmittags, ihren Anfang. Im Anschluß daran tagt in Berlin am 17. und 18. Dezember eine Gauvorsteherkonferenz, die zum Ergebnis der Lohnverhandlungen und zu einer Reihe anderer wichtiger Beratungsgegenstände Stellung nehmen wird.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Breslau bestanden die Kollegen Artur Schmidt aus Waldenburg und Franz aus Wülstegersdorf die Meisterprüfung.

Eventualforderung der Reichsarbeiter. In den letzten Tagen ging durch die Presse die Mitteilung, daß das Reichsfinanzministerium die Absicht habe, dem Reichstage den Vorschlag zu unterbreiten, allen Beamten am 15. Dezember d. J. ein halbes Monatsgehalt als einmalige Beihilfe auszusahlen. Obwohl vom Reichsfinanzministerium nachträglich diese Zeitungsmeldung bestritten wird und auch sachlich diese Art Gehaltsregelung für die Beamten als nicht richtig bezeichnet werden muß, weil sie die Kostlage der Beamten nur verlängern, aber nicht beseitigen würde, haben trotzdem die Arbeiterorganisationen an das Reichsfinanzministerium den Antrag gestellt, daß, falls der Reichstag für die Beamten, gleichgültig in welchem Ausmaße, eine einmalige Abfindungssumme bewilligen sollte, diese Beihilfe auch an die dem T.M. (Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen) unterstellten Reichsarbeiter zur Auszahlung gelangen müßte, da diese sich in gleich großer Notlage befinden.

Pflicht des Unternehmers zur Lohnzahlung bei Betriebsstörung. In einer Fabrik war eine Betriebsstörung eingetreten, und der Besitzer weigerte sich, für die Zeit, in der nicht gearbeitet worden war, Lohn zu zahlen. Die Arbeiter klagten, und der Unternehmer berief sich auf die Bestimmung der Arbeitsordnung, in der es hieß, daß persäumte Arbeitszeit in folgenden Fällen zu bezahlen ist: bei Betriebsunfällen bis zu acht Arbeitsstunden, beim Tode des Ehegatten bis zu acht Arbeitsstunden, beim Tode von Kindern unter 14 Jahren bis zu vier Arbeitsstunden. Indessen hat das Landgericht Gera zugunsten der Arbeiter erkannt. Der Paragraf der Arbeitsordnung, auf den der Beklagte sich beruft, beziehe sich lediglich auf Fälle, in denen das Arbeitshindernis in der Person des Arbeiters liegt. Das trifft im vorliegenden Falle jedoch nicht zu. Es handelt sich hier um eine Betriebsstörung, die, wenn sie auch nicht in der Person des Unternehmers liegt, doch in die Sphäre seines Betriebes fällt, deren Folgen daher von ihm zu vertreten sind, weil er als Eigentümer des Betriebes die Gefahr für die darin vorkommenden Störungen und den dadurch hervorgerufenen Schäden trägt. Eine Ausnahme wird nur für die Fälle anzuerkennen sein, wo die Betriebsstörungen auf allgemeinen, nicht bloß auf einen einzelnen Betrieb treffenden Hindernisgründen beruhen. Denn solche Hindernisgründe wie Krieg, feindliche Besetzung, Generalstreik usw. haben mit dem Betriebe nichts zu tun, sie entscheiden sich von vornherein jeder Einwirkungsbehandlung von seiten

des Unternehmers. Kurz gesagt, es ist zu unterscheiden zwischen speziellem und generellem Betriebsrisiko. Das spezielle Betriebsrisiko hat der Unternehmer allein, das generelle der Arbeiter und der Unternehmer, jeder zu seinem Teile, zu tragen. Im vorliegenden Falle handelt es sich um ein spezielles Betriebsrisiko; es muß also nach Treu und Glauben das Risiko demjenigen aufgebürdet werden, der den Nutzen, d. h. den Ertrag der Arbeitsleistung für sich beansprucht, das ist der Unternehmer.

Der Arbeitsmarkt im Oktober 1925. Wie das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner Nummer vom 1. Dezember berichtet, zeigte die Arbeitsmarktlage während des Berichtsmonats eine wesentliche Verschlechterung, die zu einem großen Teil auf das saisonmäßige Aufhören der Außenarbeit zurückzuführen war. Bei 6094 reichsgelehrlichen Krankenkassen, von denen Meldungen vorlagen, betrug die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder am 1. Oktober 14 717 001, am 1. November 14 546 143; das kommt einer Abnahme um 170 858 oder 1,2 Proz. gleich. Der Vormonat hatte eine Zunahme von 0,2, der August eine Abnahme von 0,3 Proz. ergeben. Die Lage bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen verschlechterte sich gleichfalls. Es wurden gemeldet 1 328 781 Arbeitsgesuche (1 193 000 im September) und 521 172 offene Stellen (577 982 im September). Die Gesamtandrangsziffer erhöhte sich von 206 auf 255. Die Zahl der Stellenbesetzungen sank von 457 919 im September auf 493 758 im Oktober; auf 100 Arbeitsjuchende kamen 32,7 Vermittlungen (im Vormonat 38,4); von je 100 offenen Stellen wurden 83,2 besetzt (im Vormonat 79,2). Am Tage der Stichzählung (17. November) stieg die Zahl der Arbeitssuchenden gegenüber dem vorhergehenden Stichtage (16. Oktober) von 447 668 auf 658 929, um 44,5 Proz., während der andern Seite die Zahl der verfügbaren offenen Stellen um 49,1 Proz., von 98 912 auf 19 824 herabsank. Die Inanspruchnahme des Erwerbslosenfürsorge nahm weiter in steigendem Maße zu. Es wurden gezählt am 15. Oktober 298 872, am 1. November 363 919, am 15. November 471 333 unterstützte Bollerwerbslose; die Verschlechterung machte in der zweiten Oktoberhälfte 21,8, in der ersten Novemberhälfte 29,5 Proz. aus. Den Meldungen der Gewerkschaften über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter ihren Mitgliedern ist gleichfalls eine Verschlechterung zu entnehmen. In 40 berichtenden Verbänden waren am Stichtage, dem 31. Oktober, von 3 682 841 Mitgliedern 214 064 voll arbeitslos, d. h. 5,8 Proz. (im Vormonat 4,5 Proz.). Die Zahl der Fälle von Kurzarbeit stieg im Berichtsmonat nahezu um die Hälfte. Für den September hatte sich eine Kurzarbeitsziffer von 8,5 ergeben. Nach den Meldungen von 36 Verbänden arbeiteten von 3,21 Millionen Mitgliedern 399 649 oder 12,4 Proz. mit verkürzter Arbeitszeit. Über die Arbeitsmarktlage in der graphischen Industrie im Oktober entrollt die reichsamtlige Statistik folgendes Bild:

Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland

Monat	Verband der Deutschen Buchdrucker	Allgemeiner Arbeiterverband	lithographen und Stein-drucker	Buchdrucker	Gutenberg- bund	Graphischer Zentral- verband (österreich)	Gesamtzahl aller deutschen Fach- verbände
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
1924							
Januar	18,8	23,8	—	27,6	8,5	54,1	26,5
Februar	13,0	15,8	—	19,6	3,4	45,5	25,1
März	5,9	10,8	4,7	11,0	2,0	28,8	16,6
April	3,8	6,6	3,6	9,1	1,1	18,6	10,4
Mai	3,1	5,6	2,0	7,0	0,4	17,1	8,2
Juni	3,8	6,3	2,1	7,5	0,9	15,4	10,4
Juli	3,9	6,4	2,4	9,6	1,3	13,8	12,5
August	3,9	8,2	2,8	12,5	1,2	7,5	12,4
September	2,9	7,3	2,9	11,9	1,5	6,3	17,5
Oktober	1,1	3,0	2,5	5,8	0,4	6,3	12,2
November	0,6	2,2	1,3	3,4	0,3	3,4	7,5
Dezember	0,7	3,2	1,2	3,0	0,4	3,2	6,5
1925							
Januar	0,5	2,3	1,1	3,0	0,1	4,2	8,1
Februar	0,2	3,1	0,9	2,4	0,1	2,7	5,3
März	0,3	2,6	0,9	2,3	0,1	1,7	5,1
April	0,4	2,1	0,7	2,5	0,2	0,9	4,9
Mai	0,3	1,1	0,7	2,2	—	0,9	5,0
Juni	0,8	1,6	0,8	2,3	0,2	0,8	5,2
Juli	1,2	2,8	0,7	2,1	0,3	1,7	5,8
August	1,4	3,2	1,7	3,0	0,5	3,5	6,9
September	1,7	3,3	1,8	3,8	0,5	3,4	4,5
Oktober	1,8	3,5	2,5	3,9	1,0	3,8	5,8

Gegen Doppelberuf und Doppelberufener. In einer bemerkenswerten Zuschrift an den „Vorwärts“ wies der Deutsche Musikerverband auf den Mißstand hin, daß Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten noch einen Doppelberuf betreiben, während die Zahl der Arbeitslosen von Woche zu Woche wächst. Mit Bezug hierauf heißt es in der Zuschrift u. a.: „Wieviel Arbeiter, Angestellte und Beamte betätigen sich abends als Plakanweiser in Kinos und Theatern, als Kellner in Restaurants und Saalgeschäften und als Musiker in Cafés, Kinos und vor allen Dingen in Tanzsälen und bei Vereins- und Privatfestlichkeiten. Gerade die Inhaber solcher Betriebe, die täglich über zu hohe Lustbarkeitssteuern und nach Verlängerung der Polizeistunde schreien, beschäftigen zum größten Teil Leute, die schon am Tage eine Beschäftigung haben und die Einnahmen aus der Abendbeschäftigung als einen angenehmen Nebenverdienst betrachten. Will man diesem egoistischen Treiben einen Riegel vorsetzen und Arbeit für die Arbeitslosen schaffen, dann darf man nicht nur das Washingtoner Abkommen ratifizieren, sondern muß auch das Arbeitszeitgesetz so gestalten, daß die Möglichkeit eines Doppelberufes unterbunden wird. Deshalb muß das Arbeitszeitgesetz auch Strafbestimmungen enthalten, die deutlich besagen, daß eine Überschreitung des gesetzlichen Normalarbeitstages auch dann als strafbar angesehen wird, wenn sie in der Form entgeltlicher Nebenbeschäftigung

higung bei einem andern Unternehmer oder in einem andern Betriebe sich vollzieht. Nicht nur die Arbeiterhaft hat das größte Interesse daran, daß jede Arbeit so entlohnt wird, um dem Arbeiter eine auskömmliche Existenz zu ermöglichen. Es liegt auch im Interesse des gesamten Volkes, daß mit dem verderblichen System einer effektiven zwölf- und vierzehnstündigen Arbeitszeit der Doppelberufser aufgeräumt wird. Ganz abgesehen davon, daß bei einer solchen Arbeitszeit die Arbeitsleistung herabgedrückt wird, die Kranken- und Unfallszahl steigt, kann von einem Familienleben, von Kindererziehung unter solchen Umständen keine Rede sein. Es ist zuzugeben, daß unzulängliche Bezahlung in seinem Beruf manchen zu einer Nebenberufstätigkeit zwingt. In der Regel aber bildet schädlicher Eigennutz die Triebfeder bei jenen Nimmerfatten, die keine Solidarität kennen und denen das Wohl ihrer Arbeitsbrüder vollständig gleichgültig ist, wenn sie nur haben.

Aufwertung von Spareinlagen. Kürzlich wurde mitgeteilt, daß die preussische Staatsregierung den Satz für die Aufwertung der Sparkassensparbücher allgemein auf 12 1/2 Proz. des Goldwertes festgesetzt hat. Da die Aufwertung der Hypotheken durchweg auf 25 Proz. gesetzlich festgelegt worden ist, ist man in interessierten Kreisen der Ansicht, daß aus diesem Grunde auch die Aufwertung der Sparkassensparbücher um 25 Proz. vorgenommen werden müßte. Aus Sparkassenzirkeln wird uns nun dazu geschrieben, daß diese Meinung von falschen Voraussetzungen ausgeht. Es ist zu bedenken, daß die von der Sparkasse angelegten Gelder nicht allein auf Hypotheken gegeben sind, sondern kraft gesetzlicher Vorschrift auch in Wertpapieren (Kriegsanleihen- und Vorkriegs-, Reichs- und Staatsanleihen), außerdem in Stadt- und Provinzialanleihen angelegt werden mußten. Diese Anleihen werden aber nur mit 2 1/2 Proz., in Ausnahmefällen bis zu 12 1/2 Proz. aufgewertet. Der Aufwertungsschritt bei Hypotheken beträgt 25 Proz. Auf Grund des 8 des Aufwertungsgesetzes muß aber dieser Aufwertungssatz bis auf 15 Proz. ermäßigt werden, wenn die wirtschaftliche Kollage des Hypothekenschuldners dies notwendig macht. Sinoz kommt noch, daß ein Teil der Hypothekendarlehen vor dem 15. Juni 1922; also zu einer Zeit, wo die Geldentwertung schon außerordentlich weit vorgeschritten war, zurückgezahlt worden ist, ohne daß hier eine Aufwertung stattfinden kann. Außerdem dürfte eine ganze Anzahl gelöschter Hypotheken ausfallen, da die Pfandgrundstücke inzwischen mit neuen Hypotheken belastet sind, die den Wert der Grundstücke vielfach übersteigen. Vielfach sind die Pfandgrundstücke auch nach der Löschung der Sparkassensparbuche verkauft und der neue Eigentümer bleibt nach den Gesetzesvorschriften von der Aufwertung befreit, der frühere Besitzer ist durch die Geldentwertung aber verarmt usw. Hieraus folgt, daß die Sparkassen aus den ihnen infolge der Aufwertung wieder zuzulegenden Summen auch nicht bei weitem den Satz der Hypothekenaufwertung vergüten können. Es ist sogar zu befürchten, daß bei der größten Anzahl der preussischen Sparkassen die Aufwertungsmasse eine so geringe ist, daß die Garantieverbände (Städte und Gemeinden) hohe Zuschüsse an ihre Sparkassen werden zahlen müssen, um wenigstens die Aufwertung der Spareinlagen auf 12 1/2 Proz. zu garantieren. Bei der geblichen Kollage der Garantieverbände ist es ausgeschlossen, daß diese letzteren die Zuschüsse an die Sparkassen aus eignen Mitteln leisten können, so daß diese wieder in Form von Steuern hereingebracht werden müssen.

Gerihtsverhandlung gegen einen Toten. Die „Kepsava“, das Budapest Arbeiterblatt, berichtete vor kurzem über einen Vorfall, der charakteristisch für den Kulturstand des ungarischen Polizeistaates. Die Buchhandlung der „Kepsava“ erhielt vor kurzem eine Vorladung, adressiert an „Herrn Wilhelm Liebknecht“, in welcher der genannte Herr aufgefordert wird, am 10. September 1925 vor Gericht zu erscheinen. Er wird angeklagt wegen einer Schrift, die vor 50 Jahren von ihm verfaßt wurde und seit etwa 15 Jahren ins Ungarische übersetzt, in der betreffende Buchhandlung zu erhalten war. Der Titel des Buches lautet: „Wissen ist Macht und Macht ist Wissen“. Liebknecht wurde also 25 Jahre nach seinem Tode wegen Auflehnung, Gefährdung der bestehenden Ordnung, Hochverrat usw. verklagt, und zwar wegen Herausgabe einer Broschüre, die in Deutschland nicht einmal unter dem Sozialistengesetz verboten war. In Ungarn ist eben alles möglich! Es kam aber noch schöner. Nachdem die Vorladung dem Angeklagten Liebknecht nicht ausgereicht werden konnte, kam das Gericht in Verlegenheit. Was, der Schurke ist gestorben? Nun, dann ist ja alles in Ordnung. Ein Rechtsanwalt wurde von Amts wegen als sein Verteidiger aufgestellt, und die Verhandlung wurde — abgehalten, natürlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das Urteil wurde geheim verhängt, und niemand weiß, was in der dunklen Sitzung geschehen ist. Man weiß nicht, ob Liebknechts Geist erschienen ist oder ob nur sein Name verurteilt wurde. Und das Urteil ist gefallen. Ungarische Richter, Mademiler des zwanzigsten Jahrhunderts, haben einen Mann verurteilt, der längst Staub ist und dessen ehemalige Richter wahrscheinlich auch schon gestorben sind.

Literarisches

„Das Deutsche Buchmuseum zu Leipzig 1886—1925.“ Von Professor Dr. Schramm. Am 11. Juli 1925 waren 40 Jahre verflossen seit der Eröffnung des Deutschen Buchmuseums in Leipzig. Aus diesem Anlaß hat sein hochverdienter Leiter ein Jubiläumswerk verfaßt, das inhaltlich wie druckmäßig auf bemerkenswerter Höhe steht. Das außerordentlich interessante, mit zahlreichen Illustrationen versehene Buch gewährt einen einzigartigen Einblick in die Bedeutung und in die Schätze des Leipziger Buchmuseums. Die Erinnerungsschrift wird an jedermann u n e n t g e l t l i c h abgegeben, der 40 Pf. für Porto an das Deutsche Buchmuseum zu Leipzig, Kellerstraße 14, I, einliefert. „Wasserschilde Druckstellen.“ Rest einer Einführung in die geschichtliche Entwicklung der Schrift und in die ältere Buchkunst von E. Wehlig. Zweite, veränderte Auflage. Berlin Leipziger Buchdruckereifachver. E. W. Leipzig. Kommissionsverlag J. J. Weber, Leipzig. In dem vorliegenden Buche sind die edelsten und bestbelegten Druckstellen mit großem Fleiß und feinem Verständnis für die künstlerische Form zusammengetragen. Sie werden

in den Alphabeten als auch in Anwendungen gezeigt. Um die Menge ausgewählter Druckstellen gut übersehen und beurteilen zu können, war die Einreihung in Gruppen notwendig. Das geschah mit großer Sorgfalt. Dabei ist die Schönheit und oft gleichzeitige Bekanntheit illustrierter Schriftformen in vergleichendem Nebeneinander gezeigt. Neben Schriften nach Zeichnungen deutscher Künstler haben solche holländischen und französischen Ursprungs. Es wurde ein wertvoller Abschnitt zur Entwicklungsgeschichte der Schrift bis zum 16. Jahrhundert vorangestellt, um die Kunst der alten Schreibmeister in der Buch- und Druckkunst zu zeigen. Darin liegen auch zahlreiche Übergänge zur Buchdruckerkunst, deren bedeutungsvolle historische Vergangenheit Anlaß war zur anschaulichen Schilderung von Schrift und Buch in fünf Jahrhunderten (Abriß einer Einleitung), wobei in den Vorbildern die erlebterische Arbeit eindrucklich in den Vordergrund gestellt wurde. Der Bilderteil umfaßt seltenes Studienmaterial von kaum zu überbrettem Inhalt, das den leicht verständlich geschriebenen Text begleitet. Der Verfasser wendet sich an alle, die mit der Schrift oder mit der Buchherstellung zu tun haben.

Verschiedene Eingänge

„Deutscher Buch- und Klein drucker.“ Das erste Heft des 32. Jahrganges dieser bekannten Fachzeitschrift ist der Reproduktionstechnik gewidmet, die für alle Druckverfahren eine immer steigende Bedeutung gewinnt. Zahlreiche Illustrationen und mehrfarbige Belegungen tragen zur Anschaulichkeit des Heftes bei, das zum Preise von 3 M. von der Geschäftsstelle Berlin SW 61, Hagelberger Straße 49, erhältlich ist.

Briefkasten

E. S. in Dr.: Wird ausgenommen. — E. B. in Kr.: Ihre Geburtsjahrsrechnung für S. keine Rinnit nicht, daher kann der eingelebte Artikel nicht ausgenommen werden. — P. S. in Wehr: Das Diots hat keinerlei Berechtigung. Die Korrekturzeichnung ist also falsch. — M. A. in Wehr: Das betreffende Wort erklärt im Wural keine Veränderung. — S. G. in Wehr: Für Überlegung besten Dank. — W. S. in G.: Goslat ist zu Anfang Mai 1892 mit 9 Mitgliedern erstmalig gegründet worden; bestimmte Angaben darüber in Nr. 56 des „Korr.“ von 1892. — E. G. in G.: Jul. 140: 3 M. — W. M. in A.: Jul. 145: 3,30 M. — W. A. in Dr.: Jul. 151: 3 M.

Berichtigung: In dem zweiten Artikel zur Frage der Verbandsferienbehalte ist in der letzten Zeile des ersten Absatzes die Zahl der Mitglieder der Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ infolge eines Satzfehlers mit nur 600 statt 6000 angegeben.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511 Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, H. G., Berlin S 14, Wauker. W. Volkshaus: Berlin Nr. 1023 87 (3 Schmeinitz).

San Dresden. (Zur Zeit in Kr. 87 des „Korr.“) Durch Verhandlungen sind die zwischen der Geschäftsleitung und den Maschinenlebern der Firma K a b e n & K o., Dresden-M., bestehenden Streitigkeiten endgültig beseitigt. Die letzterlei wegen Lohnforderungen erfolgte Gesamtlündigung der Maschinenleiter konnte somit infalligen und organisatorischen Gesichtspunkt aus nicht gerechtfertigt erscheinen. Es besteht deshalb kein Anlaß, von etwaigen Konditionsannahmen bei der Firma Kaben & Ko. Abstand zu nehmen.

Adressenveränderungen

Bodsch (W. S.). Vorheriger: S. Vertcher. — Embach, Vorheriger: S. Kewer's, Metumer Straße. — Hamburg. (Norddeutscher Maschinenverein.) Infolge Abreise des Kassierers Wehner sind die Kassengeschäfte bis zur Neuwahl in Vertretung vom zweiten Vorheriger W. S a n i e r, Hamburg 22, Röhrenort 54, III, übernommen worden.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im San Hamburg-Mitglieds die Seher I. F r i e d r i c h E i g e n s t e d, geb. in Tilsit 1906, ausget. in August 1923; 2. A r t u r G u d d a t, geb. in August 1906, ausget. dal. 1923; waren noch nicht Mitglieder; 3. F r a n z V o h m a n n, geb. in Wehrholl 1903, ausget. in Eschwege 1920; 4. der Schweizerdegen F r i e d r i c h B e l l m e r, geb. in Kallenberg 1890, ausget. in Jaden 1918; 5. der Drucker G u l a g F e r b e r, geb. in Saarbrücken 1888, ausget. dal. 1900; waren schon Mitglieder. — Fr. Kunzler in Hamburg, Bismarckhof 57, II.
Im San Westdeutscher-Mitglied der Seher O t t o P a u l s e w, geb. in Dentschen 1900, ausget. dal. 1918; war noch nicht Mitglied. — L. D a g n e in Schwetzn I. M., Kofeder Straße 19.
Im San Wn der Seher I. O t t o S c h u l z e, geb. in Hohenbodelern 1877, ausget. in Magdeburg 1896; 2. F r i e d r i c h G a l s b a c h, geb. in Berlin 1902, ausget. dal. 1921; 3. F r i e d r i c h M a r t i n, geb. in Saarlouis 1874, ausget. dal. 1892; 4. J a n s B e l n e, geb. in Wehrburg 1903, ausget. dal. 1921; 5. M a r K e t t i n g e r, geb. in Wehrburg 1897, ausget. dal. 1905; 6. F r a n z S p e r l i n g, geb. in Jöhren 1880, ausget. in Wehrburg 1908; 7. der Drucker K a r l F e i n e, geb. in Wehrburg 1878, ausget. dal. 1897; waren schon Mitglieder. — F u g e K ö n i g in Halle a. d. S., Kl. Klausstraße 7, I.
Im San Schlesien der Seher W i l h e l m T e l m a n n, geb. in Schömburg 1897, ausget. dal. 1914; war schon Mitglied. — Karl F i e b e r in Breslau, Margaretenstraße 17.

Arbeitslosenunterstützung

Notiz. In letzter Zeit hat ein angehlicher Kollege P a u l (er nennt sich auch Friedrich) W e d e r, über den nähere Personalien nicht bekannt sind, die Kassierer verschiedener Druckerei um kleinere und größere Beträge beschwindelt, indem er vorgab, er hätte Konfession als Typographiker in Gützkopf, könnte sie aber nicht antreten. In Gützkopf hat B. sowohl den dortigen Kassierer als auch den Prinzipal um einen größeren Betrag geprellt. Weiter soll der Kollege W i l h e l m U h e l aus Breslau unter der Angabe, er sei Verbandsmitglied verschiedener Kassierer um Geldbeträge betrogen haben. Die Gewerkschaften erucht die Funktionäre dringend, nur solche Kollegen zu unterstützen, die im Besitz ordnungsmäßiger Verbandspapiere sind, Kollegen, die diese nicht bei sich führen, unter allen Umständen abzuweisen. Vorsicht, die nicht wieder eingutören sind, gehen in allen Fällen zu Lasten der Geber.
Notiz. Die Legitimation des Seher's Wilhelm J a n d e r aus Burg bei Magdeburg (Hauptbuchnummer 3099) ist auf der Tour von Reike nach Breslau angeblich verloren gegangen. Ihm wurde eine neue Legitimation mit dem Bemerk „Duplikat“ ausgestellt; die verloren gegangene wird hiermit für ungültig erklärt.

Veranstaltungskalender

Berlin. Druckerverammlung Donnerstag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Löhnstraße 2.
— Korrektorenversammlung Sonntag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44.
Dortmund. Versammlung Sonntag, den 20. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Raaben“, Hanfstraße.
Erfurt. Druckerverammlung Mittwoch, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, in der „Altkellerei“, Große Kasse.
— K a r e s h a n p l e r s a m m l u n g am Dienstag, dem 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.
Hindenburg (O. S.). Versammlung Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Kewitz. Versammlung Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Krone“.

Anzeigengebühr: Die sechsseitige Zeile 15 Goldpf. für...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh zur jeweiligen...

Verein der Stereotypen u. Galvano-plastiker Berlins und Umgegend

Conntag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Dresdner Kasino“...

Kleine Verbandsgeschichte Kleines Verbandslexikon

Offizieller Titel: Verband der Deutschen Buchdrucker Gewerkschaftliche Skizzen über die Zeit von 1866 bis 1925

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker...

Ein älterer Verbandsfunktionär schreibt über die Kleine Verbandsgeschichte...

Bestellungen werden der Portoersparnis wegen am besten frühzeitig aufgegeben.

BILDUNGSVERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER

Harmonika-, Sprechapparate-Fabrikation. Niedrigste Fabrikpreise...

Nach Breslau wird für Akzidenzdrucker (etwa 40 Stüpe) ein tüchtiger, umsichtiger und zielbewusster Faktor gesucht...

Zur Nachahmung empfohlen

Zu der Weihnachtsfeier unserer Lehrlingsabteilung möchte ich jedem Jungbuchdrucker eine besondere Gabe überreichen...

Diese Bestellung ging uns zu. Wir bitten, falls noch andere Lehrlingsabteilungen ihren Mitgliedern den Kalender überreichen wollen...

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstrasse Nr. 8 III.

Linotypesetzer gesucht

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen erbeten. 1144

Erster Maschinenmeister 34 Jahre alt, verheiratet, perfekt in allen vorkommenden Arbeiten...

Schriftsetzer sucht Stellung. Off. Angebote unter Nr. 128 an die Geschäftsstelle des „Korr.“...

Korrektor mit guten Fach- und Sprachkenntnissen. Mit Rücksicht auf den Wohnungsmangel...

Akzidenzsetzer in dauernde Stellung. Franz Meier, Göttingen.

Schriftsetzer für Inseraten-, Werk- oder Akzidenzsetzerei. J. Barth, Sara-Linz, Kapellenweg 4.

Junger Schriftsetzer 18 Jahre alt, sucht Stellung als Inseraten-, Werk- oder Akzidenzsetzer.

Junger Schriftsetzer (Realgymnasial) sucht Stellung als fremdsprachlicher Setzer...

Wo wird Jüngerer, vorwärtsstrebender Buchdruckmaschinenmeister Gelegenheit geboten...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Metall-Boilergummi Korrigierfellen in sechs verschiedenen Größen...

„Ritterschloßchen Barneck“ Öhlich-Chrenberg Zu dem am 19. Dezember stattfindenden

Schlachtfest ladet alle Kollegen freudlich ein Kollege Albert Biergel.

Auf Volkshaltungen liefert Brockhaus- u Meyer-Lexikon, Duden, Klaffler, Romane, Atlanten...

Ortsverein Erfurt

Dienstag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Volks-Haus“ Jahresabrechnung...

Schriftsetzer Mittel aus Wattergaita gefr. 7,50 M. Verl. Stoff 70cmbr. 1,20 M.

Willste Musik treiben - Musik Dürfel schreiben! Willste Musik treiben - Musik Dürfel schreiben!

MUSIK Instrumente für Orchester, Schule und Haus Verlangen Sie Preisliste MAX DÜRFEL Klingenthal in Sachsen, Nr. 308

Proszang „Freie Gedanken“ sind in solch ausgewählter Zusammenstellung erstmalig erschienen.

Armband - Kleisternapf Vester Schuh gegen Hautentzündung durch zu schiefen Kleister...

Gautschbriefe Verlag des Bildungsverbandes, Leipzig, Salomonstrasse 8.

Handwerker- und Kunstgewerbeschule Barmen Werkstätten für Holz und Buchdruck...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Beherkittel blau-weiß gestr. 10 M., in grau, braun oder grün...

Bären-Paul

genannt Walter Gräfe, aus Pirna-Copitz, wo fleckig Du? Nachdicht unter „Alle Junft“...

Edmund Kühn aus Berlin, im Alter von 54 Jahren.

Kornelius Möller aus Erfurt, im Alter von 62 Jahren.

Am 3. Dezember verschied unerwartet schnell nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege...

Karl Gauß im Alter von 62 Jahren. In nahezu 30-jähriger Mitgliedschaft...

Wilhelm Tauchnitz nach kurzem vollendetem 68. Lebensjahr...